

Wahlprogramm der Freien Demokraten zur Kommunalwahl 2026 im Landkreis Aurich

Unsere Gesellschaft steht vor einer großen Herausforderung, die gleichzeitig eine große Chance ist: den Sprung in die Zukunft zu schaffen. Der Landkreis Aurich muss diese Chance nutzen. Zwischen Tradition und Fortschritt, ländlicher Prägung und globaler Vernetzung braucht es eine Politik, die Verantwortung übernimmt, für die Freiheit einsteht und eben jene Zukunftschancen nutzt.

Wir Freie Demokraten setzen uns für einen Landkreis ein, in dem jeder seine Zukunft selbst in die Hand nehmen kann und in dem der Staat seinen Bürgern Chancen eröffnet, keine Steine in den Weg legt. Unser Ziel ist ein Landkreis mit den besten Rahmenbedingungen für Unternehmen, den besten Schulen Deutschlands und dem besten Lebensgefühl für jeden einzelnen.

Dieses Programm ist kein Papier für die Schublade, es ist eine Kampfansage an den Stillstand. Es ist ein Programm, das Ja sagt: Ja zu Innovation, Ja zu Wachstum, Ja zu jedem einzelnen Menschen, der sich etwas aufbauen möchte.

Wir streiten für einen Staat, der treffsicher und effizient hilft, wo Hilfe benötigt wird, wirksam und klar regelt, was geregelt werden muss und sich vor allem raushält, wo er nichts zu suchen hat. Wir streiten für einen Staat, der ermöglicht, der verbessert, der voranbringt. Wir streiten für einen Staat, der endlich wieder das Individuum nach vorne stellt und ihm vertraut.

Friesische Freiheit ist keine Floskel vergangener Tage, es ist ein Lebensgefühl, das uns alle antreibt. Wir krempeln die Ärmel hoch und machen den Landkreis Aurich zu einem Ort, an dem Zukunft nicht nur passiert, sondern gemacht wird.

Bildung

Das Versprechen „Aufstieg durch Leistung“ droht nicht mehr zu gelten, dabei ist es das Fundament für Leistungsgerechtigkeit und dem damit verbundenen sozialen Aufstieg. Bildung schafft die Voraussetzung für ein freies und selbstbestimmtes Leben, der Zugang zu ihr muss für jeden gesichert sein.

Sprache als Grundlage für Bildung

Ohne gemeinsame Sprache kann es keine Chancengerechtigkeit geben. Verbindliche Sprachtests sollen bestehenden Förderbedarf schon vor dem Schulstart identifizieren. So soll sowohl zwei Jahre vor der Einschulung, als auch erneut ein Jahr vor der Einschulung eine Sprachstandsfeststellung in allen Kindergärten und Kindertagesstätten in kommunaler Hand durchgeführt werden. Bei nicht ausreichenden Sprachfähigkeiten muss verpflichtend an einer Sprachförderung teilgenommen werden, damit individuelle Entwicklungsbereitschaft und nicht die Herkunft über die Zukunft unserer Kinder entscheidet. Frühkindliche Unterstützung muss vor Ort in den Kindergärten stattfinden. Sie muss in den Alltag der Kinder integriert sein und ihre Kontinuität ist entscheidend. Es braucht kleinere Gruppen, in denen die Erzieher auf die individuellen Bedürfnisse der Kinder eingehen können. Bei Bedarf sollen die Kindergärten auch mit lokalen Logopäden zusammenarbeiten.

Digitale Freiheit statt Handy-Verbot

Pauschale Verbote, wie sie von CDU, SPD und Grünen kommen, sind das Gegenteil von Medienkompetenz. Es braucht keine bevormundende Verbotspolitik, sondern ein Grundvertrauen in das eigenverantwortliche Handeln sowohl der Schulen als auch der Schülerinnen und Schüler selbst. Wir befähigen diese, selbstständig die besten Konzepte zum Umgang mit Technik zu entwickeln.

Dreigliedriges Schulsystem erhalten – Auricher Realschule schützen

Sowohl die Rot-Grüne Landesregierung als auch Fraktionen im Auricher Kreistag bevorzugen Gesamtschulen gegenüber dem dreigliedrigen Schulsystem. Dass das von den Bürgern nicht gewollt ist, könnte die Schullandschaft kaum deutlicher zeigen. Politik nach dem Motto „damit niemand abgehängt wird darf niemand vorankommen“ schadet dem Bildungserfolg. Nur durch individuelle Förderung, wie sie an vielen Schulen unserer Region nachweislich hervorragend funktioniert, kann jedes Kind Pilot seines eigenen Lebens werden. Die Politik darf nicht in die individuellen Bildungsmöglichkeiten der Kinder eingreifen und dadurch das erfolgreiche Beschreiten ihrer Lebenswege behindern. Daher müssen gut funktionierende Schulen, wie die Auricher Realschule, ohne Rücksicht auf ideologische Barrieren gestärkt werden.

Staatsmodernisierung

Die Kommunen im Landkreis Aurich ersticken in finanziellen Herausforderungen, nicht zuletzt wegen eines völlig aufgeblähten Verwaltungsapparates. Trotzdem ist bei Effizienz und Transparenz noch viel Luft nach oben. Wir legen die Kettensäge an den üppigen Staat an und sagen Bürokratie und unflexiblen Prozessen den Kampf an. Die Behörden müssen endlich wieder zum Helfer der Bürger und zum „Möglichmacher“ werden, anstatt zu blockieren und zu verhindern. Wir brauchen Kommunikation auf Augenhöhe, der Bürger darf dem Staat gegenüber nicht in der „Bittsteller-Haltung“ gefangen sein. Jeder Verwaltungsprozess gehört auf den Prüfstand. Digitalisierung ist für uns Handlungsfrage. Moderne, bürgerfreundliche und transparente Vorgänge sind die Visitenkarte einer guten Gemeinde.

Rathaus in der Hosentasche

Wir setzen uns in jeder Kommune für die Einrichtung einer zentralen App ein, mit der jeder seinen Behördenkontakt bequem vom Handy aus erledigen kann. Sie ist das Cockpit für deine Anliegen: Terminbuchung, „Once-Only“-Dateneingabe und Live-Tracking für Anträge – wie beim Paketversand. Über eine solche App soll es auch jederzeit die Möglichkeit geben, sich an demokratischen Prozessen in der Heimatkommune zu beteiligen: Termine, Tagesordnungen und Protokolle von öffentlichen Rats- und Ausschusssitzungen einsehen, die Meinung zu aktuellen Themen und Projekten abgeben und direkter Kontakt zu politischen Entscheidungsträgern - all das muss unkompliziert vom Smartphone aus möglich sein. Durch die Digitalisierung darf aber auch niemand abgehängt werden: jede der Funktionen der App soll auch über Selbstbedienungsterminals im Rathaus verfügbar sein, damit Personen ohne Smartphone auch teilhaben können.

Weniger Anträge, mehr Anpacken

Unser Ziel ist der „No-Stop-Shop“. Für Leistungen, auf die der Bürger einen Anspruch hat (etwa Kindergeld) muss der Staat in Zukunft gezielt und proaktiv, nicht erst auf Antrag, auf den Bürger zukommen. Damit erhöhen wir die Zielgenauigkeit: Durch automatisierte Datenabgleiche im Hintergrund kommen Hilfen garantiert dort an, wo sie gebraucht werden. Sozialmissbrauch durch falsche Angaben wird so effektiv unterbunden. Das Ergebnis ist eine Verwaltung, die maximal treffsicher und zugleich deutlich schlanker ist. In Angelegenheit, wo das naturgemäß nicht möglich ist, etwa die Gewerbeanmeldung oder der Baunatrag, fordern wir einen „One-Stop-Shop“. Ein einziger Behördenkontakt, ob in der App oder im Rathaus, muss ausreichen, damit alle relevanten

Informationen vorliegen, um den Antrag zu bearbeiten. Wer sich etwas aufbauen will, soll sich auf die Umsetzung konzentrieren, nicht auf die Genehmigung. Außerdem wollen wir mit Genehmigungsfiktionen arbeiten: Anträge, die nach einer bestimmten Zeit nicht bearbeitet wurden, sollen automatisch als genehmigt gelten, so entsteht Planungssicherheit.

Zeitgemäße Organisation

Im Jahr 2026 muss nicht mehr jede Tätigkeit von einem Menschen ausgeübt werden. Wir wollen für monotone Aktenrecherche, standard-Mails und Formularausfüllung nach „Schema-F“ künftig auf den Einsatz von künstlicher Intelligenz setzen, damit die Mitarbeiter sich mehr auf direkten Bürgerkontakt und komplexe Fälle konzentrieren können. Das entlastet die Verwaltung und sorgt für mehr Effizienz. Der Beamtenstatus ist kein pauschales Privileg für staatliche Mitarbeiter, sondern sollte hoheitlichen Aufgaben wie Polizei und Justiz vorbehalten sein. In der allgemeinen Verwaltung setzen wir künftig Angestelltenverhältnisse, das erhöht die Flexibilität und entlastet die Pensionskassen. Außerdem wollen wir, gerade für Führungspositionen, einen umfassenden Auswahlprozess und vorgeschaltete Probezeiten. Verantwortung in einer Verwaltung soll Qualifikation erfordern, nicht nur das richtige Parteibuch. Außerdem soll die Kommune der Neuzeit alle seine Leistungen auch auf Englisch, der Sprache der Welt, anbieten. Nur so können unsere Kommunen im Wettbewerb um weltweite Talente bestehen.

Intelligente Kommune

Jede Kommune im Landkreis Aurich soll zu einem „Smart-Village“ werden. Über intelligent gesteuerte Ampeln kann der Verkehr zukünftig bedarfsorientiert und angepasst gesteuert werden. Straßenbeleuchtung soll künftig intelligent gesteuert werden und Anwohner sollen ihre Straße per App beleuchten können, das erhöht die Lebensqualität und das Sicherheitsgefühl. Ein digitales Monitoring von Verkehr, Müllaufkommen, Radverkehr und anderen Aspekten kann zu einer bedarfsorientierteren Versorgung führen.

Wirtschaft

Der Landkreis Aurich soll ein Zentrum für wirtschaftliche Ambitionen werden. Wer sich etwas aufbauen möchte, darf dabei nicht vom Staat gebremst werden. Die Verantwortung, die Unternehmer in unserer Gesellschaft übernehmen, muss endlich wieder geschätzt statt verpöht werden. Unternehmerisches Risiko und Leistung müssen sich wieder lohnen.

Mehr Gründungen

Durch eine bessere Vernetzung zwischen Betrieben, Schulen, Politik und Verwaltung sollen Fachkräfte, Wissen und Technologien gebündelt werden, damit alle profitieren. Ausdruck dieser Vernetzung soll die Errichtung eines Gründerzentrums sein, in dem Expertise auf wirtschaftlichen Mut treffen und Grundlage für viele Neugründungen sein soll. Ebenso soll ein Gründernetzwerk aufgebaut werden. Sowohl die Hauptverwaltungsbeamten, als auch die Gemeinderäte, sollen ebenso alles veranlassen, um Unternehmen und Arbeitsplätze im Landkreis anzusiedeln. Außerdem setzen wir uns bei Bedarf für die Errichtung lokaler co-working-spaces und die Ausweisung neuer Gewerbegebiete ein.

Haushaltspolitik

Die Gewerbesteuern in den Kommunen des Landkreises sollen radikal reduziert werden, um der Region und jetzt schon ansässigen Unternehmen einen Wettbewerbsvorteil in diesen wirtschaftlich schweren Zeiten zukommen zu lassen. Darüber hinaus soll diese Steuerpraktik andere Unternehmen, bisher nicht ansässige Betriebe, anwerben, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dies beruht aber stets auf dem Willen einer finanziellen soliden Haushaltsführung, welche in vielen Gemeinden des Landkreises aufgrund eines immer weiter steigenden Schuldenstandes so dringend wie noch nie benötigt wird. Wir möchten eine Erhöhung der Grundsteuern als Reaktion auf finanzielle Engpässe vermeiden, da diese besonders Familien belastet. Grundsätzlich setzen wir auf eine Bekämpfung finanzieller Haushaltslücken durch ehrliches Wirtschaftswachstum in

unserer Region. Abgaben in Form von Bagatellsteuern wie der Zweitwohnsteuer, der Hundesteuer, der Vergnügungssteuer und auch der Straßenausbaubeiträgen lehnen wir grundsätzlich ab. Die Neuregelung der Gewerbesteuer von Offshore-Windparks durch die rot-grüne Landesregierung verurteilen wir und halten dies für eine illegitime Subventionierung der Stadt Wilhelmshaven. Die Schuldenlast in den Kommunen ist zu begrenzen, wenn dies nicht zu massiven Einschränkungen in der kommunalen Arbeit führen sollte. Gegebenenfalls ist auch die Privatisierung von kommunalen Unternehmen oder Betrieben erstrebenswert.

Landwirtschaft

Die Landwirtschaft ist im Landkreis Aurich eine tragende wirtschaftliche Säule und muss endlich als diese respektiert und gefördert werden. Wir wollen Landwirten die maximale Freiheit lassen. Landwirte sollten Ihre Arbeitszeit mit ihren Tieren oder auf dem Trecker verbringen, nicht am Schreibtisch. Erweiterungen der Betriebe sollen ermöglicht werden. Die regionale Vermarktung und der Vertrieb sollen vereinfacht werden, die Hürden für neue Modelle wie zum Beispiel Hofläden sollen auf ein Minimum reduziert werden.

Einzelhandel

Wir brauchen mehr Freiheit für Unternehmer, besonders für Betreiber von Einzelhandelsgeschäften. Ein Ausdruck dieser Freiheit soll die Möglichkeit von regelmäßigeren verkaufsoffenen Sonntagen sein. Das steigert auch die Attraktivität unserer Innenstädte. Hierbei möchten wir besonders in den Dialog mit sowohl Unternehmern (branchenunabhängig) als auch Investoren treten, um neue Leerstände zu vermeiden und bestehende Leerstände zu beseitigen. Zusätzlich halten wir es für möglich, dass notwendige räumliche Kapazitäten der Verwaltung mithilfe der Anmietung von zentrumsnahen Leerständen befriedigt werden können. Daraus profitiert sowohl die Verwaltung, als auch die jeweilige Innenstadt. Eine attraktive Innenstadt braucht auch einen funktionierenden Breitbandausbau, wie er in der Stadt Norden von uns durchgesetzt wurde. Wir setzen auch auf die Entwicklung von digitalen Plattformen und Apps, um das Angebot gebündelt zu präsentieren, gemeinsam mit Unternehmen und Vereinen. Diese Plattformen können auch in der Tourismusvermarktung verwendet werden.

Tourismus

Der Tourismus ist einer der entscheidenden Standortfaktoren im Landkreis, denn jährlich zieht es Millionen Menschen, die die Schönheit unserer Region schätzen, nach Ostfriesland, um hier Urlaub zu machen. In diesem Bereich möchten wir besonders die Marke und die Region „Ostfriesland“ stärken, hier soll sich der Landkreis mit den angrenzenden Landkreisen und der Stadt Emden zusammenschließen und Kapazitäten bündeln. Die Kommunen im Landkreis sollten nicht untereinander im Wettbewerb stehen, ein „Kirchturmdenken“ ist nicht sinnvoll. Die daraus resultierenden Einrichtungen können auch den Anwohnern zugute kommen. In einem touristischen Gesamtkonzept könnte zum Beispiel je nach Bedarf ein Kino in Norden oder ein Schwimmbad im Brookmerland sinnvoll bzw. profitabel sein. Ferner sollen sowohl der Landkreis als auch die Kommunen als Dienstleister beim Abrufen von nationalen und europäischen Fördermitteln unterstützen. Wir halten den Erwerb und den Besitz von Immobilien für die Ferienvermietung nicht für verwerflich und halten Verbote und Regulierungen in diesem Bereich nicht für sinnvoll.

Innovationen und Fachkräftemangel

Um dem Fachkräftemangel zu begegnen fordern wir Programme für die Aufnahme von Fachkräften oder die Einwanderung von zukünftigen Auszubildenden und wollen Azubi-Wohnheime mithilfe flexibler und einfacher Genehmigungen unterstützen. Weitere wichtiger Schlüssel zum wirtschaftlichen Erfolg sind Innovationspolitik und Technologieoffenheit. Wir möchten „Regulatory Sandboxes“ schaffen, in denen Regulierungen gezielt für einen bestimmten Zeitraum zu reduziert oder ausgesetzt werden können, um den richtigen Rechtsrahmen für geschützte Experimentierräume zu haben und damit die Entwicklung von modernen Produkten oder Dienstleistungen zu ermöglichen. Außerdem möchten wir, in Partnerschaft mit privaten Unternehmen, Forschungs- und Entwicklungscampi im Landkreis ansiedeln, um gemeinsam die Entwicklung von Innovationen wie Kernfusion, Wasserstoff, KI, Mikroelektronik, erneuerbaren

Energien und anderen Zukunftstechnologien voranzutreiben. Der Landkreis Aurich muss endlich wieder ein wirtschaftliches Zentrum sein, das Wohlstand und Wachstum für seine Bewohner sicherstellt.

Migration

Wir sind eine offene Gesellschaft. Wer hier etwas leisten und sich einbringen will, ist herzlich Willkommen. Der Staat darf dabei den Lebenschancen nicht im Weg stehen, er muss sie ermöglichen. Wir wollen Brücken bauen, nicht Mauern.

Integration durch Arbeit

Geflüchtete sollen bereits ab dem ersten Tag die Möglichkeit haben, einer Arbeit nachzugehen, um Teilhabe und schnelle Integration zu fördern. Zusätzlich ist ein einfacher Zugang zu Sprachkursen wie es sie an der Auricher Kreisvolkshochschule gibt essenziell.

Dezentrales Wohnen

Geflüchtete sollen bevorzugt, aber menschenwürdig, wie es schon bei bisherigen Programmen geschieht, in regulären Wohnungen statt in großen Aufnahmeeinrichtungen untergebracht werden, um nachbarschaftliche Integration zu erleichtern. Mittelfristig sollten Betroffene durch eigener Hände Arbeit im regulären Wohnungsmarkt partizipieren. Quartiersarbeit sehen wir im Zuge dessen als zentrales Instrument gegen soziale Abschottung. Langfristig sollten die in der ehemaligen Auricher Kaserne untergebrachten Flüchtlinge in Wohnungen verteilt durch den ganzen Landkreis Aurich untergebracht werden.

Sprache als Integrationstreiber

Wir wollen, dass alle, die in den Landkreis Aurich einwandern, schnellstmöglich die deutsche Sprache erlernen können, unabhängig vom Alter. Dafür wollen wir kommunale Sprachkurse anbieten. Diese sollen, je nach Bedarf, auch dezentral stattfinden, nicht nur in Aurich oder Norden. Der Sprachkurs muss zu den Menschen kommen, nicht umgekehrt.

Weiterentwicklung staatlicher Stellen

Der Staat muss sich mit seinen Hilfsangeboten stets weiterentwickeln und an die Herausforderungen anpassen. Die Arbeit der Flüchtlingsbeauftragten soll in diesem Zuge weiterentwickelt werden mit dem klaren Ziel, eine vollständige Integration zu ermöglichen und zu unterstützen.

Für eine technologiegetriebene Energiewende

Die Energiewende entscheidet sich vor Ort. Vor allem bei uns im Landkreis Aurich und Umgebung spielt die Windenergie eine entscheidende Rolle. Daher braucht es schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie die Möglichkeit immer mehr auch digital abzuwickeln. Durch den konsequenten Ausbau der Windenergie steigt die regionale Wertschöpfung massiv. Bürgerinnen und Bürger gewinnen unmittelbar – als Beteiligte oder als Eigentümer von Flächen.

Windenergie mit den Bürgern

Wir wollen den Ausbau erneuerbarer Energien weiter vorantreiben und dabei die Menschen vor Ort mitnehmen. Bürgerwindparks stärken die Beteiligung von Bürgern sowie die unserer Kommunen, dadurch entsteht Akzeptanz und direkte Partizipation. Durch Akzeptanzabgaben für Windkraft sollen die Gelder den wirklich betroffenen zugeführt werden, besonders bei Samtgemeinden. Windräder sollen von den Bürgern nicht als störend empfunden werden, sondern als Zukunftsinvestition.

Contracting-Modelle

Es soll die Möglichkeit geschaffen werden öffentliche Dächer für Solaranlagen zu nutzen. Durch Contracting-Modelle können Bürgergenossenschaften oder Startups dann diese Dächer betreiben, ohne dass dabei für die Kommunen zusätzliche Kosten entstehen.

Gesundheit, Gesellschaft & Soziales

Ein weiterer wichtiger Baustein für einen attraktiven Landkreis ist eine gute Gesundheits- und Sozialpolitik sowie eine freie Gesellschaft. Wir brauchen ein funktionierendes und innovatives Gesamtkonzept, um auch in unserer ländlichen Region beste Gesundheitsversorgung zu gewährleisten.

Gesundheit

Wir unterstützen vollkommen den Bau und das Konzept einer Zentralklinik. Aus unserer Sicht ist eine schnelle Bauumsetzung der Zentralklinik nun geboten, es darf nicht zu weiteren Verzögerungen kommen. Ausreichende Gesundheitsversorgung lässt sich nicht aufschieben. Den Erhalt von Notaufnahmen oder den Erhalt von anderen Abteilungen der Kliniken an den bisherigen Standorten entgegen wirtschaftlicher Vernunft zu erzwingen, halten wir nicht für sinnvoll. Gute Gesundheitsversorgung gewährleistet ein funktionierendes Gesamtkonzept, keine künstlich erhöhte Standortdichte. Bei der Bekämpfung des Ärztemangels müssen im Dialog mit der kassenärztlichen Vereinigung moderne Modelle geschaffen werden, etwa durch Zweigstellen von Arztpraxen. Die Einrichtung und die Förderung von Ärztehäusern oder Medizinischen Versorgungszentren kann auch ein Schlüssel sein. Diese Maßnahmen sind mit Ärzten und medizinischem Personal in einem Austausch auf Augenhöhe zu erarbeiten. Auch im Bereich der psychischen Gesundheit sollten die Kommunen eine Initiative starten, um Engpässe in der Versorgung zu verhindern. Wir sehen die Notwendigkeit, weitere Pflegeplätze auszubauen. Dies gilt für alle Modelle wie Ambulante Pflege, Intensivpflege und auch betreutes Wohnen.

Soziales

Auch die Sozialpolitik ist eine wichtige Aufgabe des Landkreises und der Kommunen. Grundsätzlich gilt, dass alle Angebote des Landkreises einer ständigen Evaluierung unterliegen und im Zweifelsfall verbessert werden sollten. Wir möchten ausreichend große Obdachlosenunterkünfte einrichten. Der Landkreis ist für Empfänger von Sozialleistungen (Bürgergeld und Grundsicherung) zuständig und sollte da den vollständigen Maßnahmenkatalog nutzen, um die Empfänger in die Arbeitswelt zu integrieren. Hierbei halten wir zum Beispiel die Möglichkeit der verpflichtenden Arbeit für Sozialleistungsempfänger für sinnvoll, um den Betroffenen einen (Wieder-)Einstieg in das Arbeitsleben zu erleichtern.

Jugend

Wir fordern die Einrichtung eines Kreisjugendparlamentes mit echten Budgets und Antragsrechten. Politik lernt man durch Verantwortung, nicht durch Simulation. Auch die Einrichtung von Jugendparlamenten in den Kommunen kann sinnvoll sein, wenn die dafür nötige Nachfrage und Bereitschaft zur Mitarbeit besteht. Wir sehen das Nachtleben in unserer Region durch Disco-Pleiten und Barschließungen bedroht. Für den Erhalt muss alles vom Landkreis und den Kommunen unternommen werden, besonders in den Bereichen Energie, Bürokratie und Lärmschutz muss flexibel geholfen werden. Als Ausdruck dieser Hilfe wollen wir die Vergnügungssteuern senken und die Einrichtungen durch ein gesamtheitliches Tourismuskonzept unterstützen. Festivals, Konzerte und andere Großveranstaltungen sollen stärker in unserer Region etabliert werden, wobei hier mit Entbürokratisierung geholfen werden soll. Außerdem soll eine Veranstaltungshalle im Norden des Landkreises errichtet werden. Wir sehen auch die Aufgabe, Jugendhäuser in den Ortschaften einzurichten, und wollen insgesamt mehr Angebote für Jugendliche auch in der Breite schaffen. Grundsätzlich gilt: Jugendliche sind keine lästige Störung, sondern die Zukunft unserer Heimat.

Sport & Ehrenamt

Die Kommunen und der Landkreis müssen bestmögliche Ausstattungen für kulturelle Einrichtungen schaffen, besonders für Sportvereine, welche für Gesundheit und Bewegung in der Gesamtgesellschaft sorgen. So sollen schnellstmöglich geplante Sportplätze umgesetzt werden und bestehende Sportstätten saniert werden. Ebenso möchten wir auch unbürokratisch Dorffeste und dergleichen ermöglichen, insbesondere könnten hier Genehmigungsfiktionen eingesetzt werden. Außerdem möchten wir im Landkreis einen Tag des Ehrenamts schaffen und an diesem Tag die im Ehrenamt besonders engagierten Bürger würdigen. An dem Tag könnte zusätzlich eine Vereinsmesse stattfinden und die vielen unterschiedlichen Formen des Engagements vorgestellt werden. Auch möchten wir eine Ehrenamtskarte schaffen, welche etwa vergünstigte Fahrkarten im ÖPNV oder einen rabattierten Eintritt in öffentlichen Schwimmbädern und Museen ermöglicht.

Infrastruktur & Wohnen

Infrastruktur ist für alle anderen Bereiche unerlässlich. Seien es die Radwege für Touristen und Einheimische, die Zufahrtswege für Industrie und Handwerk, oder der Glasfaseranschluss für das Zuhause und das Büro. Diese Infrastruktur muss endlich auf Spitzenniveau gebracht werden. Wenn die Bundesregierung 2025 hunderte Milliarden Euro für Infrastruktur bereitstellt, dann muss im Landkreis zeitnah jede Straße frei von Schlaglöchern sein und jedes Dorf bequem auf einem Radweg erreichbar sein.

Rad- und Autoverkehr

Jede Land- und Kreisstraße soll durch einen Radweg begleitet werden. Auch in den eher dicht besiedelten Gebieten müssen Radwege verbessert werden, etwa durch Separierung von Straßen. Auch den Autoverkehr möchten wir stärken und setzen uns für den Bau der B210n mit Abzweig nach Uthwerdum und der Ortsumgehung Aurich ein. Damit soll auch ein relevanter Beitrag zur Steigerung der Lebensqualität und Sicherheit, besonders in Aurich, geschaffen werden. Zusätzlich gilt es Straßen, besonders Kreisstraßen und kommunale Straßen, stetig zu sanieren, wobei diese Sanierung besonders behinderungsarm sein soll. Es gilt auch Ortsumgehungsstraßen zu prüfen, wenn dies zu einer Entlastung der Ortskerne und Steigerung der Lebensqualität sorgen kann. Den Einsatz von Blitzern auf den Straßen in unserem Landkreis sehen wir kritisch.

Bahninfrastruktur

Ein besonders oft diskutiertes Thema ist zurzeit die Bahninfrastruktur im Landkreis. Wir setzen uns für die Reaktivierung der Küstenbahn ein. Da für ein solches Reaktivierungsprogramm Fördergeld vom Land notwendig ist, setzen wir uns für eine erneute Prüfung der Kosten und der Nutzen ein und möchten im Rahmen dessen auch einen Abzweig zur Stadt Aurich prüfen lassen. Die zurzeit heikelste Thematik ist aber die Reaktivierung der Strecke Abelitz-Aurich. Hierbei sehen wir massive Nachteile und große Einschränkungen besonders für den Ort Moordorf. Nach einer intensiven Abwägung sind wir daher zum Entschluss kommen, dass eine Reaktivierung abzulehnen ist. Trotz dessen halten wir den verbesserten Mobilitätsanschluss der Stadt Aurich für relevant und möchten im Zuge dessen auch Alternativen prüfen.

Busverkehr

Ein weiteres Infrastrukturthema ist der Busverkehr, welcher uns als FDP Kreisverband Aurich seit vielen Jahren am Herzen liegt. Fortschritte in den letzten Jahren, wie die Einführung von Plusbussen, die verbesserte Infrastruktur wie Anzeigetafeln oder auch die rechtliche Neuregelung folgen auch unserer Beschlusslage. Ebenso gilt es weiterhin den Busverkehr zu verbessern, weswegen wir das Konzept der PlusBusse ausweiten wollen. Besonders die Stadt Norden und die Stadt Wiesmoor müssen zeitnah angeschlossen werden. Zusätzlich gilt es das Nachtbus-Angebot auszuweiten, wobei wir uns auch vorstellen können, dies als neue Bedingungen für PlusBusse zu verankern. Grundsätzlich sollten die Ausstattungen der Busse und Bushaltestellen insgesamt verbessert werden.

Hafeninfrastruktur und digitale Infrastruktur

Die Hafeninfrastruktur, besonders in Norddeich, steht vor Herausforderung, denn hier entstehen zunehmend Kapazitätsprobleme, weshalb wir einen Ausbau bzw. einen Umbau unterstützen wollen. Auch unterstützen wir Versuche den monopolähnlichen Fährverkehr durch neue unternehmerische Initiativen zu verändern. Wir brauchen Wettbewerb sowohl auf der Straße, als auch auf der Schiene und auf dem Wasser. Ein besonders relevantes Infrastrukturthema ist zudem die digitale Infrastruktur. Wir haben hierbei einen klaren Anspruch: jedes Haus und jedes Unternehmen muss an das Glasfasernetz angeschlossen werden. Da in der Vergangenheit durch eine europaweite Vergabe statt auf heimische Kompetenz gesetzt wurde, kommt es zunehmend zu Problemen und Verzögerungen. Grundsätzlich gilt es, diese Probleme zu verhindern und auch die entsprechenden Unternehmen im Härtefall zur Rechenschaft zu ziehen. Zusätzlich ist es wichtig beim Ausbau maximale Transparenz zu gewähren, denn Bürger und besonders Unternehmen dürfen niemals im Unwissenden bleiben. Auch gilt es Funklöcher im Mobilfunknetz durch einfache und unbürokratische Vergabe und einen zunehmenden Ausbau zu schließen. Ein 5G-Funknetz soll langfristig im gesamten Landkreis zur Verfügung stehen. Wir halten auch einen Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur für unterstützenswert.

Wohnen

Ein weiteres auf kommunaler Ebene wichtiges Thema ist das Bauen. Wir möchten in den Kommunen ausreichend viele Bauplätze für Häuser jeglicher Art zur Verfügung stellen, egal ob Mehrfamilienhäuser oder Tiny Houses. Diese sollen zentrumsnah entstehen, auch als Nachverdichtung, um eine weitere Zerteilung von Dörfern und Städten zu verhindern. Eine bedarfsgerechte Ausweisung von Baufläche sorgt auch für niedrige Mieten. Hierbei soll die Vergabe von Bauplätzen fair gestaltet sein, das ist die Basis für einen familienfreundlichen Landkreis. Außerdem setzen wir uns für eine Beschleunigung von Baugenehmigungen ein, besonders wenn diese ganze Wohnprojekte beinhalten. Die Kaserne Aurich und auch das Doornkaatgelände sollen schnellstmöglich saniert werden und einer neuen Nutzung zugeführt werden. Hierbei sollen besonders Aspekte wie Aufenthaltsqualität und Nachhaltigkeit berücksichtigt werden. Die bisherigen Kliniken sollen zukünftig einer privaten Nutzung zugeführt werden, wenn keine öffentliche Institution die Räumlichkeiten benötigt. Das Thema sozialer Wohnungsbau kann aus unserer Sicht durch eine Stärkung und Entbürokratisierung der Arbeit von privaten Investoren, welche besonders in Ostfriesland oft sozialen Wohnraum zur Verfügung stellen, vorangetrieben werden. Außerdem sollte bei allen Bauprojekten und neu entstehenden Wohngebieten bei Bedarf auch ausreichend Raum für Vereine und für den Einzelhandel geschaffen werden.

Freie Demokraten

FDP